

**Niederschrift der Landesratssitzung am 16.05.2015**

Ort: Haus der Begegnung, Großenhainer Str. 93

**Anwesende Mitglieder:**

s. Anwesenheitsliste

**Entschuldigte Mitglieder:**

s. Anwesenheitsliste

**Gäste / Mitarbeiterinnen:**

s. Anwesenheitsliste

**Erstellung der Niederschrift:**

Nicole Bautzmann

**Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:**

Unterlagen:

Tagesordnung

B 4 – 287 Weiterführen der Strategiedebatte bis zum Landesparteitag am 12./13. September – ein Fahrplan

I 4 – 291 Information Finanzen (Landesvorstand)

B 4 – 293 Bitte um solidarische Anhebung des Mandatsträgerbeitrages

B 4 – 296 Konzept für dezentrale Frauenveranstaltungen in den Regionen

**Tagesordnung:**

TOP 1 Begrüßung und Beschluss über die TO

TOP 2 Protokollkontrolle

TOP 3 Diskussion und Beschluss zur Gestaltung des „Protokoll des Landesrates“

TOP 4 Vorbereitung Finanzen für §31(2) – Bericht zum Stand

TOP 5 Diskussion zum Thema und Meinungsbildung des Landesrates in Vorbereitung der Beratung nach 31(2) am 20.06.2015

TOP 6 Bericht der Landtagsfraktion

TOP 7 Bericht aus dem Landesvorstand

TOP 8 Diskussion zu den Ergebnissen der Satzungskommission

TOP 9 Anträge, Sonstiges

**TOP 1 – Begrüßung und Beschluss über die TO**

- Gudrun Erfurt eröffnet die Beratung
- TO wird beschlossen
- Fazit über Konferenz wird erbeten
- Gudrun Erfurt entschuldigt sich ab Mittag

**TOP 2 – Protokollkontrolle**

verschoben, da das Protokoll nicht vorliegt

**TOP 3 – Diskussion und Beschluss zur Gestaltung des „Protokoll des Landesrates“**

verschoben, weil die Protokollantin entschuldigt ist

#### **TOP 4 – Vorbereitung Finanzen für §31(2) – Bericht zum Stand**

##### Bernd Spolwig:

- AG Finanzen hat Finanzplan überarbeitet
- Vorschlag liegt auf dem Papier vor, leider keine Unterstützung vom Landesschatzmeister
- nicht nachvollziehbar, warum LSM erneut mit seinen Zahlen arbeitet
- AG hat Vorschläge von Antje Feiks übernommen und einen Plan erstellt, bei dem Einsparungen vorgenommen wurden
- Plan des Landesschatzmeisters ist leider nicht mehr aktuell
- Vorschlag der AG wird mit Antrag an kleinen Parteitag enden, wenn alles endgültig überarbeitet wurde
- es ist nur schwer möglich, die nötigen Einsparungen vorzunehmen
- es gibt eine Bitte über Erhöhung der Mandatsträgerbeiträge, müsste noch eingearbeitet werden
- es ergibt sich am Ende ein Minus von ca. 50.000,00 €
- Einsparungen von 15.000,00 € im Geschäftsbetrieb der Landesgeschäftsstelle werden eingeplant, Rücklagen müssen genutzt werden, um das Defizit auszugleichen
- Finanzbeirat muss im neuen Plan die Situation beachten
- Aufteilungsänderung (47% Landesverband und 43% Kreisverbände) wird nicht angestrebt
- Verbesserungsvorschläge sind erwünscht
- diese Vorlage lag ohne Reaktion 14 Tage in der Landesgeschäftsstelle
- RPJ Einnahmen und Ausgaben gehören nicht in den Plan, leider gab es durch fehlende Zuarbeit des Landesschatzmeisters Unklarheiten (diese müssen noch aus dem Plan gestrichen werden)
- die Zahlen aus dem Plan des Landesschatzmeisters unterscheiden sich, es scheint unrealistisch, Antje Feiks hat realistischere Zahlen genannt, weswegen diese genutzt wurden und nicht die von Heinz Pingel
- weitere Einsparungen sind von Seiten der AG nicht erkannt wurden, Vorschläge aber auch hier erwünscht

#### **TOP 5 – Diskussion zum Thema und Meinungsbildung des Landesrates in Vorbereitung der Beratung nach 31(2) am 20.06.2015**

##### Heinz Pingel:

- auf dem kleinen Parteitag wurde eine Zielstellung formuliert (ein ausgeglichener Plan)
- der Plan sah schon größere Ausgaben vor, als es bisher gab, es ist also nicht der alte Plan
- neue Zahlen sind entstanden um zeitnah zu vergleichen, wie der Plan mit den tatsächlichen Ausgaben übereinstimmt
- neu ist, dass die Kosten über Veranstaltungen in der Landesgeschäftsstelle genauer geplant und kalkuliert wurden
- einige Ausgaben haben sich ungeplant erhöht, Mitarbeiterabfindung muss gezahlt werden, ein neues KfZ wurde beschlossen, zwei Mitarbeiter gehen in Altersteilzeit
- beide Pläne kommen zu dem Ergebnis, dass ein Defizit von ca. 60.000 € entsteht
- Lastschriftmandat hat dafür gesorgt, dass mehr Beiträge eingehen
- das Minus entsteht, weil man oft nicht alles genau planen kann (bspw. Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen)
- welche Lösung suchen wir? → Entweder wird der Plan nicht genehmigt; es wird beschlossen, Defizit mit Rücklagen auszugleichen; die bitte an Mandatsträger, ob Beitrag zur Unterstützung des Landesverbandes erhöht wird.

##### aus der Diskussion:

- Frage – Mehrbelastung durch Mitarbeiter in Ruhephase, denn Altersteilzeit bedeutet, es wird vorher angespart, ist das passiert? → das war geplant, aber Abfindung und teilweise Erstattung des Parteivorstandes war nicht geplant

→ Angela Hänel – der neue Plan ist detailliert, wie es auch in den Kreisverbänden üblich ist; man kann nicht über Schätzungen zu einem Ergebnis kommen, konkrete Zahlen sind wichtig für eine Übersicht; die Arbeitsgruppe wurde immer kleiner – und die Arbeit der Gruppe hätte eigentlich von Heinz Pingel erledigt werden müssen. Wenn wir nicht mit dem Plan der AG arbeiten, werden wir wahrscheinlich beim kleinen Parteitag kein Ergebnis erzielen.

- wie arbeitet die AG jetzt mit dem Landesschatzmeister zusammen, um zu einem Ergebnis zu kommen? In welcher Höhe haben wir Rücklagen und wie werden diese zugeführt? → Heinz Pingel war Mitglied der Arbeitsgruppe, keiner kann nachvollziehen wieso er die Änderungen bisher nicht eingearbeitet hat → Bitte an Heinz, den Plan zu übernehmen und die Änderungen in Vorbereitung auf den kleinen Parteitag einzuarbeiten
- Erhöhung der Mandatsträgerbeiträge wurde in der LTF besprochen, Einwand ist das neue Abgeordnetengesetz (Aufwandspauschalen)
- Mandatsträgerbeiträge werden also vom „Grundgehalt“ gezahlt; Pauschale darf juristisch nicht dafür genutzt werden
- grundsätzlich sollte Partei unterstützt werden, wenn es ihr schlecht geht → welche Leistung gibt es von Abgeordneten aktuell (ca. 522,00 € Mandatsträgerbeitrag, zusätzl. Mitgliedsbeitrag, Spenden an KVs)
- es wird auch darum gebeten, MdBs und MdEP ebenfalls um Spenden zu bitten
- viele Dinge sind wirklich nicht planbar, unregelmäßige Beratungen und Ausgaben der LAGs
- Planung aus Erfahrungen war bisher nicht schädlich, Arbeitsfähigkeit sollte gegeben sein
- Streit zwischen Landesschatzmeister und AG Finanzen ist nicht nötig, wichtig wäre Druck auf die Abgeordneten und Alternativen zu Mehreinnahmen
- Wie oft ist ein Ausgleich in dieser Höhe durch Rücklagen möglich? Welche Möglichkeit gibt es für die nächsten Jahre zu sparen? → 3x mal wäre der Ausgleich möglich; schwierig bei großen Posten zu sparen
- wichtig ist eine mittelfristige Planung, wie macht man weiter und welche Perspektiven haben wir? Grundsätzlich hätte dieses Thema schon viel eher besprochen werden müssen; welche Konsequenz ziehen wir daraus und wie geht es weiter?
- Fragen aus Anlage 1 sind wichtig zu klären, nächstes Treffen ist erst beim kleinen Parteitag
- folgende Änderungen in Anlage 1, dann stimmt der Landesrat dem zu:

*1.c. neu*

*Ein ausgeglichener Haushalt ist aus unserer Sicht für 2015 nicht erreichbar. Daher soll der fehlende Betrag in Höhe von 52.860€ durch erhöhte MandatsträgerInnen Beiträge der Abgeordneten und die noch verbliebende Differenz einmalig aus der Rücklage entnommen werden.*

*2. Der Landesvorstand wird aufgefordert, aus dem laufenden Geschäftsbetrieb im Jahr 2015 15.000€ Ausgaben einzusparen.*

*4. streichen*

aus der Diskussion:

- Frage ist, wie konsequent zahlen die Mandatsträger ihre Beiträge
- wenn alle MdL ein halbes Jahr (2015) mehr zahlen, wären das ca. 40.500 €, Rücklagen müssten dennoch genutzt werden
- Vorschlag - Änderung mit „einmalig“ auf die Rücklagen zuzugreifen
- man muss finanzpolitisch wirksam werden und klar zu erkennen geben, dass gespart werden muss
- feste Summe in der Vorlage angeben und auch die Bitte um Erhöhung der Mandatsträgerbeiträge festhalten
- AG Finanzen löst sich im Juni auf und der Finanzbeirat übernimmt wieder diese Aufgaben
- Aufgabe des Landesrates ist auch innerparteiliche Kontrolle

**TOP 6 – Bericht aus der Landtagsfraktion**

Luise Neuhaus-Wartenberg:

- am 20. Mai 2015 um 18 Uhr im SLT, Mindestlohn- Veranstaltung wurde besprochen, mit der Bitte um viele Teilnehmer
- die Anträge des zukünftigen Plenums wurden besprochen

aus der Diskussion:

- Wann setzt sich die LTF Schwerpunkte? → es gibt Schwerpunkte, für detaillierte Schwerpunktsetzung wird es eine außerordentliche Klausur geben
- Informationen werden schriftlich von Luise versendet, da im Juli und August keine LaRa-Beratung ist

### **TOP 7 – Bericht aus dem Landesvorstand**

#### Heinz Pingel:

- Änderungsanträge zum Bundesparteitag wurden besprochen
- Finanzen wurden besprochen, Entwicklungstendenzen wurden besprochen
- Landesvorstands-Klausur wurde besprochen
- Weiterführung der Strategiedebatte (online nachzulesen)
- es gibt Berichte über die Zukunftswoche (online nachzulesen)
- Konzept erarbeiten für Frauentagsveranstaltungen in den Regionen
- Landrats- und Bürgermeisterwahlen sind gerade wichtiges Thema, es gibt mehrere KandidatInnen die gemeinsam durch Grüne/SPD/LINKE unterstützt werden, Umfragewerte stehen relativ konstant bei 9%

#### aus der Diskussion:

- Einmaligkeit der Partei herausstellen, auch wenn man Wähler verschreckt? Was ist die Zielstellung, Merkmale oder Wählerstimmen. → es zielte in der Landesvorstandsdebatte vor allem auf das Gebiet Asyl- und Migrationspolitik ab, bei der aktuell wirklich etwas passiert und das zu einem Einbruch der WählerInnenstimmen führen kann
- wichtig sind immer die Inhalte der Partei

### **TOP 8 – Diskussion zu den Ergebnissen der Satzungskommission**

#### Fabian Blunck:

- gibt allgemeinen Überblick über die Problematik der Satzungskommission
- siehe dazu 3 Anlagen

#### aus der Diskussion - Landesausschuss:

- der Bundesausschuss ist anders zusammengesetzt, vor allem was die Mitglieder des Vorstandes betrifft (Bundesausschuss 6 Mitglieder des Bundesvorstandes, in dem Entwurf „Landesausschuss“ wäre der komplette Landesvorstand dabei)
- Landesausschuss scheint keine gute Lösung, Landesrat trifft sich regelmäßig und ist das einzige Gremium auf Landesebene, mit direktem Austausch der Kreisverbände
- Kontrollfunktion scheint durch Landesausschuss nicht gegeben zu sein, ein Kompromiss wäre, wenn die Einberufung einer Beratung auch ohne Landesvorstand möglich wäre (Quorum)
- in den letzten vier Jahren ca. 4000 Mitglieder weniger, aktive Mitglieder werden ebenfalls weniger; Mitglieder der Gremien und Beratungen haben keine Wirkung nach außen, durch den Landesausschuss wird mehr „politische Arbeit nach außen“ möglich, da weniger Zeit in Sitzungen
- im Landesausschuss wären die zu kontrollierenden Gremien Teil des Gremiums, das scheint schwierig
- es gibt mehr Landesweite Zusammenschlüsse als VertreterInnen im Landesrat (und dann auch im Landesausschuss)
- aus Erfahrung gab es seit Jahren keinen Grund für den Landesrat, dem Landesvorstand (in Beschlüssen etc.) zu widersprechen, es scheint kein Verlust, den Landesvorstand nicht kontrollieren zu können, viele Vereine haben gar kein extra Kontrollgremium → es gab schon Änderungen durch den Landesrat
- die Frage ist, ob weniger Sitzungen tatsächlich die Außenwirkung beeinflussen
- man könnte es als Demokratieverlust betrachten, weil im Landesrat viele Erfahrungen zusammentreffen und ein wichtiger Austausch möglich ist, auch wenn der Landesrat aktuell mehr mitgestalten müsste, was innerparteiliche Prozesse betrifft; Entwicklungen sind aber erkennbar
- im letzten Jahr ist der Landesrat, durch wenige Beratungen, in seiner Funktion eingeschränkt wurden → es gab eine Klausur des Landesrates, Ergebnisse sollten öfter im Hinterkopf sein
- der Landesausschuss hat nicht wirklich die Möglichkeit, als Initiativgremium zu wirken, wie der Landesrat

- Namensgebung ist fraglich, „Landesausschuss“ passt besser zum aktuellen „kleinen Parteitag“, als die Bezeichnung „kleiner Parteitag“ → klare Namenstrennung ist vorerst übersichtlicher für die Debatte, Entscheidung über Namensgebung ist derzeit zweitrangig
- Partei lebt durch die Vielfalt der Gremien, so gestaltet sich die Meinungsbildung
- Kontrollgremien sind nicht grundlos entstanden, man sollte behutsam mit solchen Ideen umgehen
- verschiedene Diskussionen (bspw. wie heute Morgen) kann man sich schwer in einer Zusammensetzung wie dem Landesausschuss vorstellen, inhaltlich würde wahrscheinlich etwas verloren gehen
- welche Außenwirkung hätte dieser Landesausschuss? → auch jetzt schon könnte die gemeinsame Beratung negativ nach außen wirken, da der aktuelle „kleine Parteitag“ auch sehr transparent nach außen gestaltet ist
- Befürchtung, dass zu viele Themen und die Komplexität dafür sorgt, dass inhaltlich nicht alles ausgetauscht und ausdiskutiert werden kann, Abstände der Beratungen wären zu lang, Stimmen von der Basis kämen eventuell zu kurz
- neue Mitglieder für Gremien zu gewinnen wird auch schwerer, durch weniger Beratungen

Jetziger Stand der Satzungsdebatte → der Vorschlag der Satzungskommission zum Landesausschuss findet durch den Landesrat keine Zustimmung.

#### aus der Diskussion – kleiner Parteitag:

- der Name und die fehlende inhaltliche Zuweisung war bisher problematisch
- vorgeschlagen wird:
  - kl. Parteitag beschließt Finanzplan, Personal
  - bei Themen die den Landtag betreffen, können Fraktionsmitglieder beratende Stimme erhalten
  - Zusammensetzungsvorschlag Landesvorstand, Landesrat, zwei Vertreter geschäftsführender Kreisvorstände
- Fraktionsvorstand sollte in wichtigen Fragen auch Stimmberechtigung haben
- der kleine Parteitag sollte nicht mit zu vielen Aufgaben überladen werden, denn die Führung der Partei obliegt dem Landesvorstand
- Sprecher der Landesgruppe Sachsen sollte mit beratender Stimme am kleinen Parteitag teilnehmen (wie bisher)
- Namensvorschläge sind Landeskonzferenz oder Landesausschuss
- Landesrat hat schon mal beantragt, den „kleinen Parteitag“ in Landesausschuss zu benennen und es gibt schon einen Vorschlag, von vor 2 Jahren, was die Zusammensetzung betrifft, beschlossen im Januar 2013 → damals bezugnehmend auf 1-4-217
- es gibt 3 Mitglieder aus dem Landesrat in der Satzungskommission, die den Landesrat vertreten, diese sollten ihre Verantwortung wahrnehmen, Transparenz und Informationsaustausch sind da sehr wichtig; auch die Anwesenheit der Mitglieder bei den Beratungen der Satzungskommission ist notwendig → sollten die VertreterInnen ihre Aufgabe nicht wahrnehmen, muss man Konsequenzen daraus ziehen
- inhaltliche Aufgaben und die Zusammensetzung des kleinen Parteitags sollten genauer benannt werden
- Vorschläge werden eingearbeitet, es ging vorrangig um eine transparente Debatte für die Entwicklung, die um eine Beschlussfassung
- wenn die Vorschläge schriftlich, 5 Tage vor der nächsten Beratung, vorliegen, wäre bei der Beratung am 27.06. (gemeinsam mit dem geschäftsführenden Landesvorstand) sicher eine schnelle möglich

#### **TOP 9 – Anträge, Sonstiges**

- Antje Feiks hat informiert, dass der Landesrat in diesem Jahr bisher schon so viele Kosten verursacht hat, wie im gesamten letzten Jahr (am Jahresende)
- bitte um finanzielle Einsparungen durch Fahrgemeinschaften oder die Rückspende erstatteter Fahrtkosten
- Antrag von Torsten Steidten an den Landesparteitag liegt vor,
- es gibt die Bitte an jeden, sich mit diesem Antrag zu beschäftigen, Hinweise oder Ergänzungen bitte schriftlich an Dieter Gaitzsch senden

#### aus der Diskussion:

- Teilnahme an Gremiensitzungen kann organisiert werden, aber es ist schwierig, eine weite Taxistrecke ohne vorherigen Antrag zu finanzieren

- Antwort zu dem Antrag muss im Verhältnis zu der finanziellen Situation des Landesverbandes gesehen werden
- in diesem bestimmten Fall sollte eine Einzelfallentscheidung getroffen werden, im Wesentlichen sollten Fahrgemeinschaften immer bevorzugt werden
- im Unterschied sollte beachtet werden, ob die Teilnahme an einer bestimmten Beratung aus der Funktion heraus notwendig ist, oder aus reinem Interesse eine Teilnahme gewünscht wird
- aus dem Antrag geht hervor, dass die Höhe der Taxikosten bis zur maximalgrenze der Fahrtkostenerstattung (bspw. eigener PKW 0,21€/ km) getragen werden soll, ist die Frage, ob das wirklich nicht im Rahmen ist
- in extremen Bestimmungen werden manchmal günstigere Möglichkeiten ausgeschlossen, man sollte die Formulierungen genau betrachten

### **Fazit Strategiekonferenz**

- Vortrag von Prof. Peter Porsch war sehr ansprechend
- enttäuschend war der Beitrag über die „Zukunftswocche“ in Berlin
- Workshop zu Strategieführung war sehr interessant
- Realisierungsmöglichkeiten müssen erarbeitet werden (oder ist es lediglich eine Ansammlung von Wünschen?)
- Forderung zur Arbeit schränkt die Freiheit ein, damit müssen wir uns beschäftigen (Freiheit ohne Verantwortung)
- Bedingungsloses Grundeinkommen ist wichtig zu besprechen → kann gesellschaftliche Debatten anstoßen und es wäre wahrscheinlich nicht schlecht, zu zeigen, dass die Partei darüber diskutiert
- Vorstellungen von der Veranstaltung waren andere, sollte über das Programm hinausgehen, wegweisende Überlegungen für die Zukunft, Analyse über Gesellschaftliche Voraussetzungen in Sachsen, darauf aufbauend - das fehlte - im Vergleich dazu die Analyse unserer Partei aus Chemnitz, heute und in 5 Jahren war sehr gut → gibt es auch für den Landesverband
- im Workshop konzentrierte sich die Debatte auf die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften
- die Frage war noch immer „machen wir mit oder halten wir uns zurück im Bezug auf die Arbeit mit anderen Parteien?“
- einen geschlossenen Bericht über die Zukunftswocche in Berlin wird es nicht geben, aber es ist spannend die einzelnen Berichte nachzulesen
- Partei hat sehr allgemein Dinge zu klären und braucht grundlegende Antworten
- viele Veranstaltungen kann man bei YouTube ansehen und sich selbst ein Bild von der Zukunftswocche machen
- grundsätzlich war die Zukunftswocche in Berlin eine erfolgreiche Vorstellung

F. d. R.

Dresden, 16. Mai 2015